

Auf dem Weg in die illiberale Demokratie?

In Österreich wird derzeit ein neues Regierungsbündnis verhandelt. Wie könnte sich unsere liberale Demokratie unter einem FPÖ-Bundeschkanzler verändern?

Nachdem zuerst die NEOS, dann die ÖVP die Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ verlassen haben, wird nun über ein Regierungsbündnis der FPÖ mit der Volkspartei unter Bundeskanzler Herbert Kickl verhandelt. Mit dem Beginn dieser Koalitionsverhandlungen nimmt die Gefährdung der bisherigen Form der Demokratie hierzulande zu, weil ein Transformationsprozess des politischen Systems von einer liberalen sozialen Demokratie zu einer illiberalen Demokratie führt.¹ Kennzeichen der illiberalen Demokratie sind – trotz der „freiheitlichen“ Semantik der Akteur:innen – die Einschränkungen von individuellen Freiheiten, vor allem von Minderheitenrechten. Liberale Demokratien unterscheiden sich von illiberalen dadurch, dass sie auf Pluralität und damit auf Kompromisse ausgerichtet sind. In illiberalen Systemen dagegen geht es oftmals um die Durchsetzung eines „wahren Volkswillens“, z.B. durch mehr direkte Demokratie. Da die Freiheit und Pluralität von Medien sowie der Wissenschaft diesem einen Volkswillen, nach illiberaler Meinung, häufig entgegenstehen, werden sie konsequent eingeschränkt. Im Zuge der Aushöhlung des Rechtsstaates wird auch ein massiver Rückbau des Wohlfahrtsstaats betrieben. Da soziale Sicherung eine wichtige Bedingung des Zugangs zu politischen Entscheidungsprozessen ist,² hat das negative Folgen für die Demokratie.

Religion in ambivalenter Rolle

Wie ist Religion in diesem politischen Transformationsprozess zu verorten? Sie nimmt offensichtlich eine ambivalente Rolle ein: Zum einen kann sie zur Gefährdung der liberalen Demokratie beitragen, etwa in den vielfältigen Ausprägungen des (neu)rechten Christentums.³ Zum anderen kann Religion auch die liberale Demokratie stützen bzw. sich gegen autoritäre Tendenzen

richten; ein aktuelles Beispiel ist die *Jüdische österreichische Hochschüler:innenschaft* (JöH) und ihre Proteste gegen die Beauftragung Kickls zur Regierungsbildung.

Inwiefern sich mit religiösen bzw. theologischen Argumenten einerseits autoritäre Positionen, andererseits Demokratiebefürwortung begründen lassen, kann am Beispiel des Katholizismus veranschaulicht werden. Dieser hat sich spät, nämlich erst auf dem Zweiten Vatikanum, zu einer an den liberalen Menschenrechten orientierten Demokratie bekannt. Die drei konventionellen Staatsformen – totalitäres System, autoritäres System und Demokratie – finden sich alle in der katholischen Tradition, wobei sich in diesem Spektrum eine gewisse katholische Besonderheit zeigt: die Idee des *autoritären Ständestaats* der 1930er Jahre. Dieses „katholische Modell“ autoritärer Politik verliert nach dem Nationalsozialismus zwar an Plausibilität und Legitimität, wird aber in Grundzügen noch eine Zeitlang aufrechterhalten. Erst mit dem Zweiten Vatikanum und in der Enzyklika *Pacem in terris* (1963) gilt die liberale Rechtsstaatlichkeit der katholischen Kirche nicht bloß als legitim, sondern als vorzugswürdig. Die Kirche tritt ab diesem Zeitpunkt als Anwältin der Menschenrechte auf und mit *Centesimus annus* (1991) schlägt sie einen demokratiebefürwortenden Kurs ein. In den beiden Jahrzehnten vor *Centesimus annus* kam es sogar zur sogenannten „katholischen dritten Welle der Demokratisierung“, d.h. eine große Zahl mehrheitlich katholischer Staaten, wie z.B. Spanien, wurden von autoritären politischen Systemen zu liberalen Demokratien transformiert.⁴

Eintreten für Gerechtigkeit

Religionen, wie eben auch der Katholizismus, sind im Regelfall selbst – „ad intra“ – nicht demokratisch orga-

Ass.-Prof.ⁱⁿ PDⁱⁿ Dr.ⁱⁿ theol. Katja Winkler, Institut für Christliche Sozialwissenschaften

nisiert; trotzdem können sie „ad extra“ Demokratie befürworten. Und sie können sich zudem in demokratische politische Gemeinwesen integrieren, indem sie auf die Beteiligung an politischer Gewalt verzichten, also vor allem darauf, ihren Wahrheitsanspruch mit den Mitteln politischer Herrschaft durchzusetzen.

Religionsgemeinschaften finden, wenn sie politischen Gewaltverzicht üben, in liberalen sozialen Demokratien ihren Ort in der Zivilgesellschaft. Dort gestalten sie als weltanschaulich gebundene Stimmen mit vielen anderen Gruppen die öffentliche Meinungsbildung mit und kooperieren mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie zum Beispiel die Katholische Aktion (KAÖ) und Diakonie als Mitglied des *Österreichischen Netzwerks Zivilgesellschaft* (<https://www.oenz.at/>). Religionen sind also keineswegs unpolitisch. Vielmehr ist das Eintreten für die je größere Gerechtigkeit Kern des Glaubens und eine damit verbundene politische Praxis für Glaubende gewissermaßen geboten.

Positionierung der Caritas

Aktuell ist zu beobachten, dass sich angesichts der Gefährdung der liberalen Demokratie nicht wenige katholische Akteur:innen auf die demokratiebefürwortende Linie der eigenen, vor allem vom Zweiten Vatikanischen Konzil inspirierten, Tradition beziehen und sich für die Verteidigung der liberalen Demokratie einsetzen. Zentral dürfte sein, dass katholische Verbände und Vereine selbst demokratisch organisiert sind und sich hier Personen in ihrem politischen Engagement als selbstwirksam erfahren. Immer relevanter wird in der aktuellen Situation sicherlich die politische Positionierung der Caritas. Auch mit ihrem Eintreten gegen den Abbau des Sozialstaats tragen die Wohlfahrtsverbände zur Erhal-

tung der liberalen sozialen Demokratie bei. Nicht zuletzt käme auch der historisch im politischen Katholizismus verwurzelten Volkspartei eigentlich eine zentrale Rolle für die Sicherung der liberalen Demokratie zu. Ähnlich wie andere Parteien der christdemokratischen Tradition etwa in Italien oder Deutschland, hat auch die ÖVP unmittelbaren Anteil am Entstehen und an der Stabilisierung der Zweiten Republik – und zwar Jahrzehnte bevor die katholische Kirche sich zur Anerkennung des liberalen und demokratischen Verfassungsstaates durchringen konnte.

1 Dieser Prozess wird aktuell häufig unter dem Stichwort „Orbanisierung“ verhandelt, vgl. Ellen Bos/Walter Ötsch, *Orbanisierung in Österreich? Parallelen und Unterschiede*, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 2024-3/4, 227-237.

2 Vgl. Lea Elsässer, *Wessen Stimme zählt?*, Frankfurt 2018.

3 Vgl. Sonja Strube, *Rechte Versuchung. Bekenntnisfall für das Christentum*, Freiburg 2024.

4 Vgl. zu diesem Abschnitt die Beiträge in: *Religion als Brandstifter – Religionen als Friedenstagter*; *Ethik und Gesellschaft* 1/2023, <https://ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/issue/view/113>